

"Luxemburg flüsterte Ja" in Tageblatt (11. Juli 2005)

Quelle: Tageblatt. 11.07.2005. Esch-sur-Alzette.

Urheberrecht: (c) Editpress Luxembourg/Tageblatt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"luxemburg_flusterte_ja"_in_tageblatt_11_juli_2005-de-468a18e5-2616-46cf-a68e-e667824e2a4f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Nach dem "Non" und dem "Nee"

Luxemburg flüsterte Ja

Lucien Montebrusco

Luxemburg ist gestern ganz knapp an einer Regierungskrise vorbeigeschrammt. Mit knapper Mehrheit haben die 223.000 Wähler dem EU-Verfassungsvertrag zugestimmt. Premierminister Jean-Claude Juncker hatte für den Fall einer Niederlage seinen Rücktritt angekündigt.

56,52 Prozent sprachen sich für, 43,48 Prozent gegen die Vorlage aus. Damit ist Luxemburg das 13. EU-Land, das Ja zum Vertrag sagte, und nach dem Nein der Franzosen und Niederländer, der erste der sechs Gründerstaaten der Europäischen Union, der per Referendum der Verfassung zustimmte.

Das Abgeordnetenhaus wird nun im Oktober den Vertrag in zweiter Lesung stimmen. Damit wäre die Ratifizierungsprozedur in Luxemburg abgeschlossen. Das Parlament hatte bereits am 28. Juni der Vorlage in erster Lesung zugestimmt. Sollten die Luxemburger am 10. Juli Nein sagen, würde die Ratifizierungsprozedur gestoppt, hatten die Abgeordneten beschlossen.

Die Luxemburger hätten ihre Meinung deutlich gesagt, betonte Premierminister Jean-Claude Juncker am frühen Abend in einer ersten Reaktion. "Ich hatte mit einem knapperen Ergebnis gerechnet", so Juncker. Nach dem Luxemburger Ja bleibe der Verfassungsvertrag auf der europäischen Tagesordnung, betonte der Regierungschef.

Der Präsident der Regierungspartei CSV, Francois Biltgen, sprach von einem Erfolg, wobei er insbesondere die Rolle des christlichen Gewerkschaftsbundes hervorhob. Ein entschiedener Gegner des Verfassungsentwurfs, der landesweit bekannte Rechtsanwalt Gaston Vogel, sah seinerseits im Wahlausgang einen klaren Sieg der Nein-Sager. Angesichts der regelrechten Gehirnwäsche, der sich die Luxemburger in den vergangenen Wochen seitens der Regierung und quasi aller Parteien und Gewerkschaften ausgesetzt sahen, sei das Ergebnis des Nein beachtlich.

Der Süden sagte Nein

Das Ergebnis sei als schwacher Sieg zu werten, so André Kremer, Vorstandsmitglied des "Comité pour le non", dem Motor der Kampagne für das Nein. Kremer verwies dabei auf die massive Regierungs- und Medienkampagne für das Ja.

Mit Nein stimmten vor allem die Wählerinnen und Wähler aus dem Landessüden. Praktisch alle Gemeinden an der Grenze zu Frankreich lehnten den Vertrag ab. Und das unabhängig von der politischen Farbe der Gemeindeführung. Mit Nein stimmten sowohl sozialistisch geführte Gemeinden wie Esch/Alzette und Schiffingen als auch Kommunen von CSV- und DP-Bürgermeistern wie Sassenheim und Differdingen. In Luxemburgs zweitgrößter Stadt Esch/Alzette, von einer rot-grünen Koalition geführt, sagten 53 Prozent der Wähler Nein.

Bereits vor Wochen hatte die ILReS eine starke Nein-Tendenz bei den Arbeitern und kleinen Angestellten festgestellt. Der Wahlausgang in den südlichen Gemeinden, ehemaligen industriellen Hochburgen des Landes, bestätigte diese Aussagen.

Den Wahlausgang entschieden die Gemeinden aus dem Landeszentrum. Um die Hauptstadt Luxemburg hatte sich ein regelrechter Gürtel der Ja-Sager gebildet mit Höhepunkten von 68,31 Prozent in Strassen. In Luxemburg-Stadt selbst hatten 61,45 Prozent für das Ja gestimmt.

Der Wahlausgang dürfte in den Parteizentralen so manches Kopfzerbrechen bereiten. Den 56,52 Prozent Zustimmung aus der Bevölkerung steht die parteiübergreifende Befürwortung des Vertrags durch die Parteien im Parlament gegenüber. Am 28. Juni hatten alle im Abgeordnetenhaus anwesenden Parlamentarier

mit Ja gestimmt. Die fünf ADR-Vertreter hatten die Sitzung boykottiert.

Bei den Ja-Sagern war gestern die Erleichterung zu spüren. Das Ja unterstreiche, dass eine Mehrheit der Bürger Vertrauen in die Regierung und Europa habe, meinte der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsbundes LCGB, Robert Weber. Seine Gewerkschaft hatte sich massiv in die Ja-Kampagne engagiert. Man sollte über dieses Ergebnis zufrieden sein.

Der Präsident der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei, Claude Meisch, sprach von einem klaren Ja für Europa. Auch wenn das Ergebnis nicht berauschend sei.

Jean-Claude Reding, Vorsitzender der größten Gewerkschaft des Landes, dem OGB-L, meinte, das Ja habe dieses Ergebnis erzielt, weil sich die Politiker klar für ein soziales Europa ausgesprochen hätten.

Parteien, Parlament und Regierung dürften sich in den kommenden Tagen einer eingehenden Analyse dieses Wahlgangs widmen.